

II-11312 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5400 13

1993 -10- 13

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr.Khol  
und Kollegen

an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten  
betreffend den durch den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes für  
die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland anfallenden  
zusätzlichen Arbeitsanfall

Den in der Folge der Umbrüche in Ost- und Ostmitteleuropa neu  
aufgetretenen Wanderungs- und Migrationsströmen hat der  
österreichische Gesetzgeber mit dem Bundesgesetz, mit dem der  
Aufenthalt von Fremden in Österreich geregelt wird  
(Aufenthaltsgesetz), das mit 1.Juli d.J. in Kraft getreten ist,  
Rechnung getragen. Grundphilosophie des neuen Gesetzes ist es,  
das Ausmaß der Zuwanderung nach Österreich insoweit zu regeln,  
daß die nach Österreich kommenden Ausländer auch die Gewähr  
haben, entsprechende Arbeits- und Wohnmöglichkeiten vorzufinden.

Eine derjenigen Maßnahmen, durch die dieses Ziel erreicht  
werden soll, stellt die in § 6 Abs.2 des Gesetzes enthaltene  
Bestimmung dar, wonach "der Antrag auf Erteilung einer  
Bewilligung ... vor der Einreise nach Österreich vom Ausland  
aus zu stellen" ist. In den Erläuternden Bemerkungen zur  
Regierungsvorlage wird in diesem Zusammenhang ausdrücklich  
festgehalten, daß jeder Antragsteller die Vermittlung der  
österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland in Anspruch  
nehmen kann. Darüber hinaus werden alle österreichischen  
Berufsvertretungen im Ausland verpflichtet, allenfalls für die  
Entscheidungen über Aufenthaltsanträge notwendige Erhebungen

- 2 -

durchzuführen. Damit gehören die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland zu den von der Durchführung des Aufenthaltsgesetzes betroffenen Stellen, für die die Vollziehung des Gesetzes, wie übrigens auch der Ausschlußbericht festhält, einen wesentlichen Mehraufwand bedeutet.

Angesichts der Tatsache, daß das Aufenthaltsgesetz mit Anfang Oktober 1993 drei Monate in Geltung steht und aus der Vollziehung erste Rückschlüsse gezogen werden können, stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten folgende

**Anfrage:**

- 1) Wie viele Anträge auf Erhalt einer Aufenthaltsgenehmigung wurden seit 1. Juli 1993 bei österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland gestellt?
- 2) Wie verteilen sich diese Anträge, soweit sie die monatliche Zahl von 20 überschritten haben, auf die einzelnen Vertretungsbehörden?
- 3) Welche personellen Ressourcen stehen für die Bearbeitung dieser Anträge zur Verfügung?
- 4) Wurde seit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes das Personal an jenen Vertretungsbehörden, bei denen ein überdurchschnittlich hoher Anfall an Aufenthaltsanträgen zu verzeichnen war, verstärkt?
- 5) In wievielen Fällen wurde an österreichische Vertretungsbehörden im Ausland das Ersuchen gerichtet, für die Entscheidung über eine Aufenthaltsgenehmigung notwendige Erhebungen durchzuführen?

- 3 -

- 6) Gab es einzelne Vertretungsbehörden, die davon besonders betroffen waren, und wenn ja, welche?
- 7) Beabsichtigen Sie, das Personal an den durch den zusätzlichen Arbeitsanfall im Zusammenhang mit dem Aufenthaltsgesetz besonders betroffenen Vertretungsbehörden zu verstärken?
- 8) Wenn ja, kann dies durch neue Dienstposten des Außenministeriums geschehen oder durch zusätzliche Dienstposten, die vom Innenministerium bereitgestellt werden?
- 9) Wie hoch schätzen Sie auf Grund der nun gesammelten Erfahrungswerte den zusätzlichen Personalbedarf ein?